



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Natascha Kohnen** und Fraktion (SPD)

Bewertung der EU-Mitgliedschaft Bulgariens und Rumäniens für Bayern zum Ende der Übergangsfristen und daraus resultierende Aufgaben für die Politik

Der Landtag wolle beschließen:

Aus Anlass des Endes der Übergangsfristen für volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen den 2007 der Europäischen Union beigetretenen Ländern Bulgarien und Rumänien und den anderen EU-Mitgliedstaaten zum 1. Januar 2014 und aufgrund der anwachsenden Armutszuwanderung aus dieser Region wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über die Auswirkungen der EU-Beitritte dieser beiden südosteuropäischen Länder auf den Freistaat Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere umfassend und detailliert darzustellen

- wie sich die Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet entwickelt haben;
- wie die rechtsstaatliche Entwicklung dieser Staaten im Hinblick auf die EU-Grundwerte aktuell zu beurteilen ist;

- welche konkreten Auswirkungen die gemeinsame EU-Mitgliedschaft auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt, kulturellen und sozialen Austausch hat;
- welcher europapolitischer, bilateraler und landespolitischer Handlungsbedarf besteht, um aktuelle Probleme zu bewältigen und das Miteinander zu befördern – darunter insbesondere die Armutszuwanderung, die manche Kommunen vor soziale und finanzielle Herausforderungen (Integration, Unterbringung, Krankenversorgung, Betreuung, Sozialleistungen usw.) stellt, mit denen sie allein nicht fertig werden;
- und ob dafür aus Mitteln des Landes, des Bundes und des Europäischen Sozialfonds Unterstützung geleistet werden kann und muss.

Begründung:

Bayern pflegt mit Bulgarien und Rumänien als Donauranrainerstaaten aus historischen und geografischen Gründen, nicht zuletzt in Anbetracht der Herkunft vieler bayerischer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Siebenbürgen und dem Donauraum, aktuell jedoch vor allem im Rahmen seiner Aufgabenzuteilung zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie besondere Beziehungen. Daraus erwachsen sich einerseits große Chancen, die es zu fördern gilt. Andererseits ergibt sich daraus auch eine besondere politische Verantwortung nach innen (z.B. Kommunen) wie nach außen (gegenüber den EU-Partnern) für die Linderung und Lösung bestehender Probleme. Diese Verantwortung muss entschlossen angenommen werden, damit die Akzeptanz der europäischen Integration wächst.